

Inhalt

- 2 Heizkosten:** Die Wohnungswirtschaft begrüßt die Pläne der Bundesbauministerin, den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einzuführen.
- 3 Norddeutschland:** Mehr Unterstützung statt Regulierung fordert der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum.
- 6 Zahlenspiegel:** Mietpreisindex, Wohnungsbaugenehmigungen und mehr – die wichtigsten Rahmen-daten zur Wohnungswirtschaft für den Monat September.

Mietpreisbremse: Wohnungswirtschaft begrüßt Nachbesserungen als vernünftigen Kompromiss

Berlin – Die Fraktionsspitzen von CDU/CSU und SPD haben sich am 23. September 2014 auf Nachbesserungen an der Mietpreisbremse geeinigt. Die Wohnungswirtschaft begrüßt die Änderungen an dem Gesetz als Kompromiss mit Augenmaß. „Damit hat die Vernunft letztlich doch die Oberhand über eine populistische, aber für die Bekämpfung des Wohnungsmangels fatale ursprünglich beabsichtigte Regelung behalten“, so Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen.



Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat sich mit den Fraktionsspitzen von CDU/CSU und SPD beim Gesetz zur Mietpreisbremse auf Änderungen mit Augenmaß geeinigt.

Die Mietpreisbremse sieht vor, dass bei einem Mieterwechsel die neue Miete künftig maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. „Es ist aber ein wichtiges Signal für die Wohnungsunternehmen, dass die Mietpreisbremse nicht für Neubauten gilt und auf fünf Jahre befristet wird. Die Koalition hat in letzter Sekunde erkannt, dass eine zeitli-

che Begrenzung der Mietpreisbremse dringend notwendig ist, um den Wohnungsneubau nicht abzuwürgen“, so Gedaschko. „Wohnungsneubau ist das einzige probate Mittel, um dem Nachfrage-Boom in den deutschen Ballungsräumen und dadurch steigenden Mieten entgegenzuwirken“, so der GdW-Chef.

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Wirtschaftsausschuss lehnt Energieeffizienz-Vorstöße ab

Der Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie hat in seiner Sitzung am 24. September 2014 zwei Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt, in denen die Grünen unter anderem „eine konsistente Strategie für die sozialverträgliche Sanierung des Gebäudebestandes und der Quartiere mit dem Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands bis 2050“ sowie die Entwicklung einer klimaneutralen Wärmeversorgung fordern. Die CDU/CSU-Fraktion sprach sich für marktwirtschaftliche Lösungen statt Zwangsmaßnahmen aus. (hib)

Kommunen wollen Abgaben weiter erhöhen

74 Prozent der Kommunen wollen laut einer Umfrage der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY in den nächsten beiden Jahren ihre Steuern und Gebühren anheben. Wie die *Rheinische Post* in ihrer Online-Ausgabe vom 17. September berichtete, will jede dritte Stadt oder Gemeinde auch Leistungen zurückfahren. Der Umfrage unter 300 Kommunen zufolge wollen 21 Prozent den Grundsteuerhebesatz erhöhen. (wi)

Schulden der öffentlichen Haushalte gewachsen

Zum Ende des ersten Halbjahres 2014 waren Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland mit 2.044,2 Milliarden Euro verschuldet. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, entsprach dies einem Zuwachs von 0,2 Prozent gegenüber dem Ende des ersten Quartals 2014. (wi)

Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Darüber hinaus begrüßte Gedaschko, dass die Landesregierungen mit der Mietpreisbremse verpflichtet werden sollen, einen Maßnahmenplan zur Behebung des Wohnungsmangels zu vorzulegen. Damit werde der Bau neuer Wohnungen gerade in den

Gebieten mit Engpässen angekurbelt und stark steigenden Mieten entgegengewirkt. Damit die Mietpreisbremse die notwendige Akzeptanz zwischen Vermieter und Mieter habe, müsse die weitere parlamentarische Beratung dazu führen, dass die Mietpreis-

bremse nur dort angewendet werden kann, wo ein qualifizierter Mietspiegel vorliegt, forderte der GdW-Präsident. (burk/schi) ■

► Weitere Infos finden Sie auch unter www.ducusu.de

Wohnungswirtschaft plädiert für eine Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld

Berlin – „Die Wohnungswirtschaft begrüßt die Pläne der Bundesbauministerin, den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einzuführen. Das wäre angesichts der stark steigenden Energiepreise ein notwendiger Schritt“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Gerade einkommensschwache Haushalte würden in der kalten Jahreszeit besonders hart durch hohe Heizkosten getroffen.

Die Ankündigung der Bundesbauministerin, wonach zumindest die Leistungen des Wohngeldes selbst weiter verbessert werden sollen, indem Leistungshöhe und Miethöchstbeträge an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung angepasst werden, ist eine vom GdW seit langem angemahnte Notwendigkeit. Damit würde die Bundesregierung ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag und ein Anliegen der Wohnungswirtschaft umsetzen.

Zusätzlich wäre aber eine Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld dringend notwendig. Seine Abschaffung Ende 2010 ist aus Sicht des GdW aus sozialpolitischen Gründen nicht nachvollziehbar gewesen. Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 wurde der Heizkostenzuschuss, welcher erst mit der Wohngeldreform 2009 eingeführt worden war, gestrichen. Neben einer Entlastung für den Bundeshaushalt begründete die Regierung dies unter anderem mit den gesunkenen Heizkosten. Die Annahme sinkender Heizkosten habe sich aus heutiger Sicht nicht bestätigt, erklärte der GdW-Präsident. „Im Gegenteil: Größter Preistreiber bei den Wohnkosten sind weiterhin ein-

deutig die Energiepreise. Die Verbraucherpreise für Gas, Heizöl und andere Haushaltsenergie sind seit dem Jahr 2000 um über 112 Prozent gestiegen. Deshalb ist es ein sehr positives Signal, dass die Bundesbauministerin hier reagieren will“, so Gedaschko.

Im Koalitionsvertrag von Ende 2013 hatte sich die Regierung noch nicht zu der Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses bekannt. „Die Tatsache, dass der Zuschuss nach Plänen des Bundesbauministeriums jetzt wieder kommen soll, zeigt, dass dort die Energiepreise als Hauptkostentreiber beim Wohnen erkannt wurden und hier in Übereinstimmung mit der Wohnungswirtschaft dringenden Handlungsbedarf gesehen wird.“

Hintergrund: Was ist Wohngeld?

Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuss zum Wohnen, der an einkommensschwache Haushalte gezahlt wird, die nicht Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld (ALG) II erhalten. Mit der Wohngeldreform 2009 wurden Heizkosten erstmals bei der Berechnung des Wohngeldes berücksichtigt. Dieser Heizkostenzuschuss sollte die extrem hohen

Energiepreise abfedern. Je nach Haushaltsgröße wurden Pauschalbeträge zur Miete, die für die Wohngeldhöhe maßgeblich ist,



Foto: Margot Kessler/pixelio.de

Gerade einkommensschwache Haushalte werden in der kalten Jahreszeit besonders hart durch hohe Heizkosten getroffen. Daher ist ein Heizkostenzuschuss beim Wohngeld dringend notwendig.

hinzugerechnet. Der Heizkostenzuschuss wurde zum 1. Januar 2011 wieder gestrichen. In Deutschland gibt es rund 780.000 Wohngeldempfängerhaushalte.

(schilburk) ■

Ökonomie des Klimawandels: Studie des Umweltbundesamtes erschienen

Berlin – Eine aktuelle Studie des Umweltbundesamtes zur Ökonomie des Klimawandels hat Politikinstrumente für die Anpassung an den Klimawandel analysiert und bewertet. Ziel des Forschungsvorhabens war es, Maßnahmenvorschläge für die Finanzierungs- und Anreizstrukturen bei der Umsetzung der nationalen Anpassungsstrategie der Bundesregierung zu erarbeiten.

Ergebnisse der Studie in Bezug auf Gebäude sind, dass das Niederschlagswasserentgelt für begrünte Dach- und Tiefgaragenflächen ermäßigt werden sollte, Dachbegrünungen Finanzbei-

hilfen erhalten sollten, und in Gebieten, die ein 100-jährliches Hochwasser überfluten würde, ein Bauverbot ausgesprochen werden sollte.

Der sommerliche Wärmeschutz in Bestandsgebäuden sollte in der Entscheidung des Gebäudeeigentümers verbleiben, ein staatliches Gebot ist aus Sicht der Studie nicht nötig. Auch ein Grundwasserentnahmentgelt wird als nicht notwendig bewertet.

(vogllschi) ■

► Die Studie finden Sie unter www.umweltbundesamt.de

Premiere am Kapitalmarkt: MünchenerHyp emittiert ersten nachhaltigen Hypothekendarlehenpfandbrief

München – Die Münchener Hypothekendarlehenbank eG hat am 17. September 2014 den ersten nachhaltigen Hypothekendarlehenpfandbrief (ESG Pfandbrief) emittiert. Es ist der erste Pfandbrief weltweit, dessen Deckungswerte nach ökologischen, sozialen und politisch-gesellschaftlichen Nachhaltigkeitskriterien zusammengesetzt sind. Die Emission zeigte Erfolg: Innerhalb kürzester Zeit war das Emissionsvolumen von 300 Millionen Euro um das 1,6-fache überzeichnet.

„Wir freuen uns über diese ausgesprochen positive Resonanz, die unsere Debütmission gefunden hat. Zugleich zeigt sie, welche große Bedeutung Nachhaltigkeit für die Investoren bereits heute am Kapitalmarkt besitzt“, sagte Dr. **Louis Hagen**, Vorstandssprecher der MünchenerHyp.

Der nachhaltige Hypothekendarlehenpfandbrief hat eine Laufzeit von fünf Jahren und einen Kupon von 0,375 Prozent. Der Begriff Kupon bezeichnet in der Börsenfachsprache den Nominalzins einer Anleihe. Der Preis der Emission betrug aufgrund der überaus großen Nachfrage 10 Basispunkte unter Swap-Mitte. Ein Swap – englisch für „(Aus-)Tausch“ – stellt hierbei einen Sammelbegriff für derivative Finanzinstrumente dar, deren Gemeinsamkeit ein Austausch von zukünftigen Zahlungsströmen (Cash Flows) ist. Dadurch können gezielt finanzielle Risiken in der Finanzierung, in der Bilanzstruktur oder in der Absicherung eines Portfolios optimiert werden.

Die größte Nachfrage kam mit über 60 Prozent des Emissionsvolumens aus Deutschland. Insgesamt wurden Orders aus sieben europäischen Staaten abgegeben. Auf Investoreseite haben Banken mit 47 Prozent den höchsten Anteil am Emissionsvo-

lumen. Bemerkenswert ist, dass rund ein Drittel des Emissionsvolumens auf nachhaltige Investoren entfällt. „Es ist uns damit gelungen, neue Investoren für den Pfandbrief zu begeistern und auch für die MünchenerHyp zu gewinnen“, sagte **Rafael Scholz**, Leiter Treasury der MünchenerHyp. Die Emission begleiteten Crédit Agricole, LBBW und WGZ BANK.

Die Pfandbriefe der MünchenerHyp bewertet die Ratingagentur Moody's mit der Höchstnote Aaa. Darüber hinaus hat die MünchenerHyp die Nachhaltigkeit der Emission untersuchen lassen. Die Nachhaltigkeitsratingagentur oekom research hat in einer „Second Party Opinion“ dem Hypothekendarlehenpfandbrief eine positive Nachhaltigkeit bescheinigt sowie dessen soziale und ökologische Aspekte bestätigt.

Mit dem Hypothekendarlehenpfandbrief refinanziert die MünchenerHyp Darlehen für Wohnungsbaugenossenschaften in Deutschland, die spezifische Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Wohnungsbaugenossenschaften fördern die Schaffung günstigen Wohnraums für breite Bevölkerungsschichten. Mit den von der MünchenerHyp vergebenen Darlehen werden Wohngebäude für sozial schwächere

Gesellschaftsschichten erworben, gebaut, energetisch saniert und instand gehalten. Insgesamt werden durch den Pfandbrief rund 200 Wohnungsbaugenossenschaften unterstützt.

Die Münchener Hypothekendarlehenbank eG engagiert sich stark im Bereich der Wohnungsbaugenossenschaften und unterstützt den „Genossenschaftspreis Wohnen 2015“, den der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen kürzlich ausgelobt hat. Der Wettbewerb findet unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Barbara Hendricks, statt. Ausgezeichnet drei mit drei Preisen und weiterhin Anerkennungen werden innovative und zukunftsfähige Maßnahmen und Projekte von Wohnungsbaugenossenschaften zum Thema „Technik pfiffig angewandt – ein Gewinn für die Mitglieder“. Einsendeschluss für Wettbewerbsbeiträge ist der 23. Dezember 2014. Die Preisverleihung findet im Rahmen des GdW-WohnZukunftstages 2015 am Abend des 1. Juli 2015 im Radialsystem V, Berlin, statt. (sielschi) ■

➔ **Weitere Infos finden Sie unter www.muenchenerhyp.de sowie zum Genossenschaftspreis Wohnen unter www.gdw.de**

AUS DEN VERBÄNDEN

Bezahlbares Wohnen sichern – Wohnungswirtschaft in Norddeutschland fordert Unterstützung statt Regulierung

Lübeck – Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) fordert von der Politik mehr Weitblick in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum und die demografische Entwicklung. Zurzeit erleben Deutschlands Metropolregionen enormen Zulauf, ländliche Räume und weniger prosperierende Städte verlieren ihre Bewohner. Ausgelöst durch stark anwachsende Außen- und Binnenwanderung verschärft sich die demografische Kluft.

Die Nachfrage nach Wohnraum in den angesagten Städten ist immens, der Neubau kommt kaum nach, die Preise für Bauland und Wohnraum steigen kräftig. In ländlichen Räumen werden Häuser mangels Nachfrage entwertet, Gebäude leergezogen und zum Teil abgerissen. Gleichzeitig werden in den Zuwanderungsstädten Flüchtlinge in Zelten, Containern und Schiffen untergebracht.

„Die Entwicklung ist besorgniserregend. Während die Politik in den überlaufenden Regionen die Wohnungsknappheit durch

eine Mietpreisbremse stoppen will, werden anderswo ganze Landstriche abgehängt. Volkswirtschaftlich ist das Irrsinn. Statt Nebelkerzen zu werfen, sollte die Politik ein Gesamtkonzept entwickeln“, erklärte VNW-Verbandsdirektor Dr. **Joachim Wege**.

Der VNW fordert, das durch Gemeinde- und Landesgrenzen bestimmte Kirch- und Turmdenken abzuschalten. Durch bessere Raumordnung, Wirtschaftspolitik und die Ansiedlung von Hochschulen könnten lebenswerte Regionen geschaffen wer-

den, die reale Alternativen zu den überforderten Metropolen darstellten. Auch in Norddeutschland – wie insbesondere in der Metropolregion Hamburg, einem Gebiet mit rund fünf Millionen Menschen – müssen die Belange von Wohnen, Gewerbe, Verkehr, Erholung und Natur besser abgestimmt werden.

Auf lokaler Ebene sind die Verbandsunternehmen aktiv dabei, bisher benachteiligte Quartiere behutsam aufzuwerten und damit Alternativen zu den stark nach-

Weiter auf Seite 4 ➔

➔ Fortsetzung von Seite 3

gefragten Stadtteilen zu schaffen. Damit wird die auf einige „In-Stadtteile“ konzentrierte Wohnungsnachfrage entzerrt und mehr Raum geschaffen, in dem Menschen gerne wohnen. Dies ließe sich mit Unterstützung der Politik auch auf regionaler und überregionaler Ebene schaffen. In dem Gesamtkonzept müssten Faktoren wie steigende Grundstücks- und Baulandpreise sowie explodierende Energiekosten ebenfalls berücksichtigt werden.

„Wir sind zum Land der Dichter und Dämmerer geworden. Ob die immer neuen energetischen Vorgaben tatsächlich sinnvoll sind, scheint in der Politik keinen zu interessieren. Die EnEV 2016 sowie die EEG-Novelle sind nur einige von vielen Regelungen, die das Bauen und Wohnen verteuern. Gleichzeitig wird eine eigene alternative Energieversorgung der Mieter etwa durch Solaranlagen oder Blockheizkraftwerke durch staatliche Vorgaben unrentabel. Hier wird das Engagement der Wohnungsunternehmen, zur Energieverwendung beizutragen und ihren Mietern eine günstigere Energieversorgung anzubieten, blockiert“, so der VNW-Verbandsausschussvorsitzende **Raimund Dankowski**.

Die Verbandsunternehmen des VNW investierten im Jahr 2013 1,25 Milliarden Euro in Neubau und Bestand. Mit einer Durchschnittsnettokaltemiete von 5,33 Euro pro Quadratmeter sorgen sie für gutes und bezahlbares Wohnen in Norddeutschland. Die Zufriedenheit der Bewohner bestätigt das. Laut der Studie „Wohntrends 2030“ des GdW sind 83 Prozent der befragten Mieter sehr zufrieden beziehungsweise zufrieden mit ihrer Wohnsituation. Mit integrierten Pflegestützpunkten, Senioren- und Nachbarschaftstreffs, Sportangeboten, Unterstützung im Alltag und vielem mehr sorgen die Verbandsunternehmen für eine gute und stabile Nachbarschaft. Sie bieten einen Wohnungsmix aus Mehrgenerationenhäusern, barrierefreien, familienfreundlichen, großen, kleinen, sozialgeförderten und freifinanzierten Wohnungen. Damit vermeiden die VNW-Mitgliedsunternehmen Segregation und leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden.

Schleswig-Holsteiner Erklärung verabschiedet

Mit dem Ziel, gemeinsam für gutes und bezahlbares Wohnen zu sorgen, haben der Städtebund und der Städtetag Schleswig-Holstein sowie der VNW die Schleswig-Holsteiner Erklärung verabschiedet. In Schleswig-Holstein haben die Statistiker Ende 2013 insgesamt 2,82 Millionen Landesbürger gezählt – 9.400 mehr als im Vorjahr. Hauptgrund ist die mit 87.500 Menschen hohe Zuwanderung, die die Fortzüge

deutlich kompensieren konnte. Allein Hamburg steuerte zu diesem Ergebnis 4.600 Menschen bei. Weil der Wohnungsmarkt in Hamburg eng und teuer ist, entdecken viele Schleswig-Holsteins Städte und das infrastrukturell gut ausgestattete Umland für sich – was gut passt, denn etliche Kommunen haben sich mit Blick auf die Folgen der demografischen Entwicklung einer klaren Wachstumsstrategie verschrieben.

„Wir brauchen Wachstums- und Anpassungsstrategien für die Bedingungen des demografischen Wandels und die veränderten Lebensverhältnisse. Ziel städtischer Wohnungspolitik ist es, allen Einwohnerinnen und Einwohnern eine angemessene Wohnungsversorgung zu ermöglichen“, sagte Norderstedts Oberbürgermeister **Hans-Joachim Grote**, zugleich Vorsitzender des Städtebundes Schleswig-Holstein. Nachfragegerecht zu bauen, sei Voraussetzung dafür, dass Städte als vitale, attraktive Wohn- und Wirtschaftsstandorte Menschen und Wirtschaft nachhaltig an sich binden könnten.

„Kommunale Wohnungspolitik ist mehr und mehr Teil nachhaltiger und sozialer Stadtentwicklungspolitik, die nicht allein auf das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum ausgerichtet ist, sondern auch Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung, Quartiersgestaltung, Unterstützung neuer

Wohnformen und dazu auch die verfügbaren Förderprogramme in den Blick nimmt. Baulandpolitik und Bauleitplanung setzen die kommunal gestaltbaren Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau“, erläuterte Lübecks Bürgermeister **Bernd Saxe**, zugleich Vorsitzender des Städtetages Schleswig-Holstein, die besonderen Herausforderungen kommunaler Wohnungspolitik.

„Zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Wohnungsangebotes brauchen Städte starke, fest verwurzelte und verlässliche Partner. Unsere Mitglieder bringen das alles mit. Die kennen ihre Standorte seit vielen Jahrzehnten, teilweise seit über einem Jahrhundert“, sagte Raimund Dankowski, Vorsitzender des VNW in Schleswig-Holstein (VNW.SH). Die Verbundenheit sei daher groß und man wisse um regionale Besonderheiten.

„Wir haben die Schleswig-Holsteiner Erklärung mit erarbeitet, weil die Städte und unsere Mitgliedsunternehmen im selben Boot sitzen“, so VNW-Verbandsdirektor Dr. Joachim Wege. Man sei in einer Art Schicksalsgemeinschaft. Städten und Wohnungsunternehmen gehe es gut, wenn der Standort für die Menschen attraktiv sei. Gutes und bezahlbares Wohnen gehöre dazu. Mit dem Wohnbündnis werben die Spitzen von Städtebund, Städtetag und VNW.SH deshalb für eine besondere Aufmerksamkeit in Sachen Wohnungsbau. „Das Thema gehört dauerhaft auf die Agenda der Städte. Der stetige Dialog mit den Akteuren der Wohnungswirtschaft ist sinnvoll und notwendig, um Handlungsbedarfe rechtzeitig zu erkennen und nur schwer korrigierbare Fehlentwicklungen zu vermeiden“, so die Vorsitzenden weiter.

Das Wohnbündnis für Schleswig-Holstein fügt sich nahtlos in die Offensive für bezahlbares Wohnen der Landesregierung ein und ist eine Einladung an alle Akteure der Wohnungswirtschaft.

Im Städteverband Schleswig-Holstein arbeiten zwei kommunale Landesverbände – der Städtebund Schleswig-Holstein und der Städtetag Schleswig-Holstein – zusammen. Der Städteverband ist Repräsentant dieser beiden Verbände und seiner Mitglieder. Der Städtebund Schleswig-Holstein vertritt die Interessen von 58 kreisangehörigen Städten und den Gemeinden Halstenbek und Sylt. Der Städtetag Schleswig-Holstein ist der kommunale Landesverband der kreisfreien Städte Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster. (hit/schi) ■

➔ Die Schleswig-Holsteiner Erklärung finden Sie unter www.vnw.de, die Studie „Wohntrends 2030“ unter www.gdw.de


DESWOS



Wohnen

Mary wünscht sich ein ZUHAUSE. Dies ist ihr Traum aus Pappe und Papier. Jetzt baut sie in Wirklichkeit. Die DESWOS hilft ihr!

Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V.

deswos.de

DESWOS-Spendenkonto
IBAN: DE87 3705 0198 0006 6022 21

„Mut zum Wandel“ – Verbandstag der Wohnungswirtschaft in Sachsen-Anhalt

Magdeburg – Stadtumbau, energetische Sanierung, die Anpassung des Wohnungsbestandes an die sich ändernde Nachfrage und die weitere Sicherung des guten und bezahlbaren Wohnens – diese wohnungspolitischen Zukunftsthemen standen am 10. September 2014 im Mittelpunkt des Verbandstages der beiden wohnungswirtschaftlichen Verbände in Sachsen-Anhalt.

Die Verbandsdirektoren Jost Riecke vom Verband der Wohnungswirtschaft Sachsen-Anhalt (VdW) und Ronald Meißner vom Verband der Wohnungsgenossenschaften Sachsen-Anhalt (VdWg) konnten über 350 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, anderen Organisationen und Vertreter von Mitgliedsunternehmen in Magdeburg begrüßen. Anlässlich des Verbandstages erklärten die Verbandsdirektoren:

Demografischer Wandel mit seinen Facetten als große Herausforderung

Die Bevölkerung des Landes Sachsen-Anhalt schrumpft weiterhin. Die Einwohner werden immer weniger, älter, in Teilen der Gesellschaft auch ärmer und die Binnenwanderung im Land zeigt immer deutlichere Auswirkungen. Die Risiken des demografischen Wandels müssen daher regional erkannt und die richtigen Konsequenzen daraus gezogen werden, um die Chancen des Wandels nutzen zu können. Hier müssen die Gesellschaft und die Wohnungswirtschaft angemessene Antworten finden.

Gutes und preiswertes Wohnen nachhaltig sichern

Die Wohnungsbestände der VdW/VdWg-Mitgliedsunternehmen sind zeitgemäß: 93,6 Prozent der Wohnungen sind teils beziehungsweise voll modernisiert. Und sie sind preiswert: Die Durchschnittsmiete beträgt 4,61 Euro pro Quadratmeter und Monat.

Am Wohnungsmarkt, wie auch am Arbeitsmarkt, werden die demografischen Veränderungen deutlich spürbar. Die kommunalen Wohnungsgesellschaften und die Wohnungsgenossenschaften müssen Antworten auf die Frage geben, welche Wohnungsangebote in Zukunft den Herausforderungen des demografischen Wandels und dem sich ständig wandelnden Markt

gerecht und wie die Wohnungswünsche der Menschen in den kommenden Jahren aussehen werden.

Anpassungsbedarf gibt es insbesondere aus folgenden Trends: Gemeinschaftliches Pflege-Wohnen im Alter wird verstärkt nachgefragt; die Nachfrage nach ambulanter Pflege beziehungsweise Pflege im Quartier steigt; die Nutzung von Smartphones und Tablets in Wohnungen wird steigen; Energieeinsparung als Voraussetzung, um Wohnkosten zu senken; intelligente Raumkonzepte werden immer wichtiger (Platzoptimierung); die Wohnung wird wieder stärker zu einem Ort der Ruhe und Geborgenheit. In den Jahren 2014/2015 wird die Wohnungswirtschaft in Sachsen-Anhalt über 900 Millionen Euro in die Entwicklung der Wohnungsangebote investieren.

Der Um- und Ausbau altersgerechter Wohnungen muss stärker durch Bund und Land unterstützt werden. Das mit nur 10 Millionen Euro notierte Bundesprogramm ist nicht mehr als ein „Merkposten“. Die Dimension der Aufgabe erfordert mehr öffentliche Mittel. Nur dann wird es dauerhaft ausreichend preiswerte und altersgerechte Wohnungen geben. Dies erfordert in Sachsen-Anhalt eine zielgerichtete Förderung auch durch Zuschüsse im Rahmen der Wohnungsbauförderung, wie es in anderen Bundesländern praktiziert wird.

Wohnungsnot und unbezahlbare Mieten sind nicht die Wirklichkeit in Sachsen-Anhalt. Hier sind genügend, vor allem preiswerte Wohnungen, in zeitgemäßem Zustand vorhanden. Politische Debatten zur Mietendeckelung und andere geplante Veränderungen des Mietrechts spiegeln die Situation in Sachsen-Anhalt nicht wider. Unabhängig von dem Eingriff in die Vertragsfreiheit würde die Deckelung der Mie-

ten von bereits bestehenden Wohnungen auf einem sehr niedrigen Niveau weitere Sanierungsmaßnahmen in Frage stellen. Völlig inakzeptabel ist das politische Vorhaben zum Wegfall einer Modernisierungumlage nach Amortisation. Dies gefährdet die weitere Sanierung der Wohnungen und ist bürokratisch, ökologisch und wohnungswirtschaftlich nicht sinnvoll.

Stadtumbau in Sachsen-Anhalt gemeinsam fortführen

In Sachsen-Anhalt stehen circa 120.000 Wohnungen leer, obwohl die Wohnungsunternehmen seit 2000 über 81.000 Wohnungen abgerissen haben. Sie waren nicht nur Hauptakteure beim Stadtumbau, sondern haben beim Abriss fast die alleinige Last getragen. Das hat bei der Wohnungswirtschaft zu einer deutlichen Reduzierung der Leerstandszahlen geführt, während in anderen Bereichen der Leerstand gestiegen ist.

Die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Fortführung des Stadtumbaus haben sich 2014 deutlich verschlechtert: Es fehlt eine Anschlussregelung zur Altschuldenerhilfe. Damit bleiben die Wohnungsunternehmen nach Abriss der Wohnungen auf den Schulden sitzen. Das Land Sachsen-Anhalt hat die Abrissförderung 2014 deutlich gesenkt: Sie beträgt heute drei Millionen Euro weniger als 2013. In der Folge werden weniger Wohnungen abgerissen. Im Ergebnis werden in 2014 statt der notwendigen 7.000 Wohnungen maximal 3.000 Wohnungen abgerissen. In vielen Städten und Gemeinden ist der Stadtumbau als gesamtgesellschaftliche Aufgabe praktisch zum Erliegen gekommen. Wir brauchen mehr Kontinuität und Dynamik, auch mehr Akteure beim Stadtumbau Sachsen-Anhalt.

Die Wohnungswirtschaft erwartet vom Bund und den Ländern eine neue Altschuldenregelung. Es muss der Grundsatz gelten: „Wohnungen weg, Schulden weg!“. Ein vom Bund in Auftrag gegebenes Gutachten schlägt vor, dass Wohnungseigentümer, die Wohnungen abreißen, durch einen Investitionszuschuss für altersgerechtes Wohnen oder energetische Sanierung gefördert werden sollen. Die Wohnungswirtschaft in Sachsen-Anhalt erwartet, dass dieser Vorschlag durch Bund und Länder umgesetzt wird. Die Wohnungswirtschaft appelliert an das Land, bereits für das Pro-



GdW-Präsident Axel Gedaschko bei seinem Grußwort zum Verbandstag in Magdeburg.

Foto: VdW/VdWg

Weiter auf Seite 6 ➔

Aktueller Zahlenspiegel 9/2014

Rahmendaten zur Wohnungswirtschaft in Deutschland

Bevölkerung (Inländerkonzept)	1. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2013	2014	
Bevölkerungsstand (1.000 Einwohner)	82.011	82.299	+0,4%
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen Veränderung gegen Vorjahr auf Basis der Preise von 2005	2. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr preisbereinigt
	2013	2014	
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. EUR)	694,3	712,6	+0,8%
dar.: Bauinvestitionen (Anlageinvestitionen Bauten)	73,7	75,2	+0,7%
dar.: Wohnbauten	43,0	44,1	+1,0%
Verbraucherpreisindex (2010 = 100)	August		Veränderung gegen Vorjahr
	2013	2014	
Verbraucherpreisindex aller privaten Haushalte	106,1	107,0	+0,8%
Mietpreisindex (2010 = 100)	August		Veränderung gegen Vorjahr
	2013	2014	
Wohnungsmiete (einschl. Nebenkosten) insgesamt	107,6	108,6	+0,9%
Wohnungsmiete (inkl. Miete von Eigentumswohnungen)	104,0	105,6	+1,5%
Altbauwohnungen	104,3	105,8	+1,4%
Neubauwohnungen	103,9	105,5	+1,5%
Index der Mietnebenkosten (2010 = 100)	August		Veränderung gegen Vorjahr
	2013	2014	
Wasserversorgung	104,9	105,6	+0,7%
Müllabfuhr	99,3	99,6	+0,3%
Abwasser	103,0	103,7	+0,7%
Andere Nebenkosten	107,4	108,8	+1,3%
Index der Energiekosten (2010 = 100)	August		Veränderung gegen Vorjahr
	2013	2014	
Strom	123,8	125,9	+1,7%
Gas	111,8	111,7	-0,1%
Flüssige Brennstoffe	126,8	120,5	-5,0%
Feste Brennstoffe	113,8	110,9	-2,5%
Zentralheizung/Fernwärme	119,7	117,9	-1,5%
Baupreisindex (2010 = 100) (ohne Umsatzsteuer)	2. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2013	2014	
Bauleistungen (Neubau) am Wohngebäude	107,4	109,2	+1,7%
Rohbauarbeiten	107,0	108,5	+1,4%
Ausbauarbeiten	107,7	109,8	+1,9%
Baulandpreise (in EUR je qm)	1. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2013	2014	
Kaufwerte für baureifes Bauland (EUR je qm)	122,34	145,36	+18,8%
Geschäftsgebiet	149,11	228,26	+53,1%
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet gemischt	203,14	124,65	-38,6%
Wohngebiet	141,87	169,53	+19,5%
Industriegebiet	20,96	43,48	+107,4%
Dorfgebiet	33,35	36,57	+9,7%
Index des Auftragseinganges im Baugewerbe (Wertindex 2010 = 100)	Juni		Veränderung gegen Vorjahr
	2013	2014	
Hoch- und Tiefbau	144,6	180,8	+25,0%
Wohnungsbau	128,9	160,1	+24,2%
Wohnungsbaugenehmigungen	Januar bis Juli		Veränderung gegen Vorjahr
	2013	2014	
Genehmigungen insgesamt (einschl. Bestandsmaßnahmen)	153.508	164.159	+6,9%
dar.: Wohnungen (Neubau) in Einfamilienhäusern	53.775	52.718	-2,0%
Wohnungen (Neubau) in Zweifamilienhäusern	12.184	11.912	-2,2%
Wohnungen (Neubau) in Mehrfamilienhäusern	64.428	71.633	+11,2%
davon: Eigentumswohnungen	36.043	40.912	+13,5%
Mietwohnungen	28.385	30.721	+8,2%
Wohnungsbaufertigstellungen	Januar bis Dezember		Veränderung gegen Vorjahr
	2013	2014	
Genehmigungen insgesamt (einschl. Bestandsmaßnahmen)	144.417	148.993	+3,2%
dar.: Wohnungen (Neubau) in Einfamilienhäusern	84.324	85.332	+1,2%
Wohnungen (Neubau) in Zweifamilienhäusern	15.970	16.914	+5,9%
Wohnungen (Neubau) in Mehrfamilienhäusern	71.041	78.910	+11,1%
davon: Eigentumswohnungen	40.321	44.411	+10,1%
Mietwohnungen	30.720	34.499	+12,3%

Quelle: Statistisches Bundesamt © GdW Beckmann

Fortsetzung von Seite 5

grammjahr 2014 mehr Abrisse zu bewilligen und in den Programmjahren 2015 und 2016 alle Wohnungen, die bis Ende 2016 abgerissen werden können, auch entsprechend zu fördern. Da das Stadtumbauprogramm Ende 2016 ausläuft und eine mögliche Fortführung nicht sicher ist, soll möglichst jede beantragte Wohnung abgerissen werden.

Energetische Sanierung muss wirtschaftlich und sozial verträglich bleiben

Die Wohnungswirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt hat allein in Maßnahmen der energetischen Sanierung in den letzten 20 Jahren über sechs Milliarden Euro investiert. Der energetische Zustand der Gebäude ist vergleichsweise gut und der durchschnittliche Energieverbrauch je Wohnung beträgt nur 75 Prozent vergleichbarer Wohnungen in den alten Bundesländern. Die Wohnungswirtschaft hat hier bereits viel geleistet. Die Wohnungswirtschaft braucht verlässliche förderpolitische Rahmenbedingungen des Bundes, die Anreize sowohl für den Wohnungsbau, aber auch für die Gebäudesanierung geben. VdW und VdWg fordern einen Verzicht auf eine Sanierungspflicht mit Vorgaben und Sanktionen, die Eigeninitiative und Motivation bremst, wodurch am Ende mögliche und notwendige Investitionen unterbleiben. Nur wenn es gelingt, Investoreninteressen (Vermieter) und Nutzerinteressen (Mieter) wirtschaftlich und sozial gerecht auszubalancieren, wird der Klimaschutz im Wohnungswesen erfolgreich sein. Hier hat der Staat eine zentrale Funktion.

Mut zum Wandel

Die Wohnungswirtschaft in Sachsen-Anhalt ist mehr als nur die Vermietung von rund 350.000 kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungen, die rund 650.000 Menschen im Land ein Zuhause sichern. Die Wohnungswirtschaft kann aber trotz vielfältiger Leistungen insbesondere im sozialen Bereich nicht die Auswirkungen eines gravierenden gesellschaftlichen Wandels allein bewältigen. In Sachsen-Anhalt, als dem demografisch meist betroffenen Land, sollte verstärkt über mehr gemeinschaftliche Aktivitäten nachgedacht werden. Wer beispielhaft weniger Kosten im Pflegebereich will, muss konsequent die Verlängerung des Wohnens in den eigenen vier Wänden auch aus dem Bereich Sozial- und Gesundheitswirtschaft zusammen mit der Wohnungswirtschaft unterstützen. Hier ist noch viel mehr gemeinschaftliches Zusammenwirken möglich. Die Wohnungswirtschaft wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter bereit sein, ihren Beitrag zu leisten, hofft aber auch auf ein weiteres Umdenken. (rie/meilschi) ■

► Weitere Infos finden Sie unter www.vdwwdg.de

Konfliktmanagement und Mediation

8. Oktober 2014, Nürnberg

Dieses Seminar liefert den Teilnehmern Handwerkszeug für ein besseres Konfliktverhalten. Sie trainieren professionelle Strategien für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten. Mit Hilfe der im Seminar vermittelten Kenntnisse können sie gemeinsame, tragfähige und dauerhafte Lösungen von Konflikten in ihrem Unternehmen und Wohnanlagen herbeiführen.

Weitere Infos: **VdW Bayern, Katja Kaiser-Himmelsbach, Telefon: 089/290020302, E-Mail: katja.kaiser-himmelsbach@vdwbayern.de, Internet: www.vdwbayern.de**

Stromnutzung in der Wohnungswirtschaft

15. Oktober 2014, Berlin

Wer eine Wohnimmobilie neu baut oder modernisiert, legt Wert auf die passende elektrische Infrastruktur. Diese sollte auf der Höhe der Zeit sein, im wohnungswirtschaftlichen Masseneinsatz bestehen können und künftige Entwicklungen wie Mieterstrom oder Smart Grids berücksichtigen. Daher lädt die BBA – Akademie der Immobilienwirtschaft Berlin zum Forum „Stromnutzung in der Wohnungswirtschaft“ ein, auf der Fachmesse belectro. Der Besuch der Veranstaltung schließt eine Eintrittskarte für den Ausstellungsbesuch ein. Die Themenschwerpunkte des BBA-Forums sind unter anderem: Standards moderner Elektroinstallation und Mieterstrom in Neubau und Bestand. Den Teilnehmern wird außerdem exklusiv ein geführter Messerundgang mit Gesprächsmöglichkeiten zur E-Mobilität angeboten.

Weitere Infos: **BBA, Nico Krüger, Telefon: 030/23085521, E-Mail: nico.krueger@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de/kalender**

Eigentümer- und Mieterversammlung leiten

16. Oktober 2014, Bochum

Dem Moderator kommt bei einer Eigentümer- oder Mieterversammlung eine besondere Bedeutung zu. Wie man dazu kommt, eine Eigentümer- oder Mieterversammlung richtig und zielorientiert zu leiten und zu moderieren, erfahren die Teilnehmer in diesem praxisnahen Seminar – durch Vorträge, aber auch durch aktives Mitmachen. Sie erhalten Tipps und Anregungen, um ihr bisheriges Repertoire wirkungsvoll zu erweitern und selbst schwierige Eigentümer- oder Mieterversammlungen zu einem guten Ergebnis zu führen.

Weitere Infos: **EBZ, Bettina Mannel, Telefon: 0234/9447510, E-Mail: b.mannel@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de**

PERSÖNLICHES

Dieter Fücksle, Vorstandsmitglied der Allgemeine Baugenossenschaft Völklingen 1904 eG, feierte am 19. September 2014 seinen 65. Geburtstag. Er ist gewähltes Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungsgenossenschaften des GdW.

Am 19. September 2014 vollendete **Andreas Hesener**, Geschäftsführer des VKS Katholische Familienbewegung e.V., sein 50. Lebensjahr. Er ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft kirchlicher Wohnungsunternehmen.

IMPRESSUM

wi Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Andreas Schichel, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel. 030 82403-151
Fax 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg
Tangstedter Landstraße 83
22415 Hamburg
Tel. 040 520103-0
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:

112 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrich-
ten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

Anzeige

DR. KLEIN
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Konditionen am 23.09.2014 für
wohnungswirtschaftliche Finanzierungen

Zinsbindung	Sollzins	effektiv
15 Jahre	2,13%	2,15% p.a.
10 Jahre	1,75%	1,78% p.a.
5 Jahre	1,12%	1,14% p.a.

Bedingungen:
Erststellige Grundschuld auf
wohnungswirtschaftlichen Objekten
Beleihungsauslauf 60%
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.
3 Monate bereitstellungszinsfrei
keine Gutachterkosten oder
Bearbeitungsgebühren

Zinsentwicklung bis 23.09.2014
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, www.drklein.de
Archiv Zinsentwicklung unter www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html

wi Online-Archiv

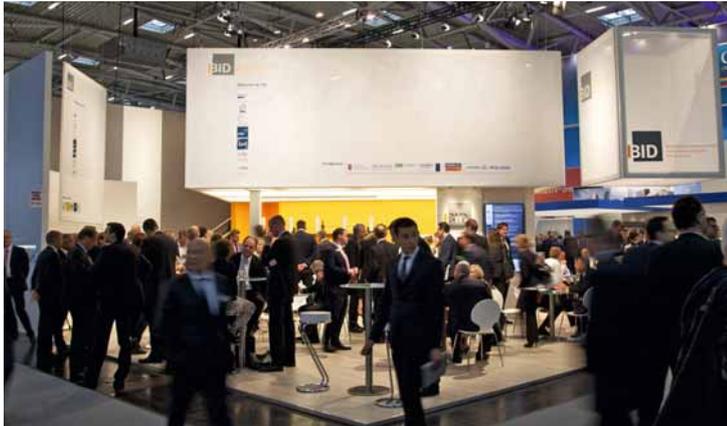
Die web-Präsenz der wi finden Sie unter **www.haufe.de/immobilien** in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „**Zeitschriften**“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „**Anmelden**“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf **www.haufe.de** verfügen, können Sie unter „**Neuregistrierung**“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „**Meine Produkte starten**“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

6.-8. Oktober 2014, München

GdW bei der EXPO REAL 2014: Immobilienverbände im Dialog mit der Politik



Quelle: Büro Roman Lorenz

Der GdW ist vom 6. bis 8. Oktober auf der EXPO REAL 2014 in München vertreten. Wie im vergangenen Jahr präsentiert er sich gemeinsam mit weiteren Verbänden der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) auf der größten europäischen Messe für Gewerbeimmobilien und Investitionen. Ob Finanzierung, Steuerpolitik, Energiewende oder Mietpreisbremse: Am Stand der BID erwarten die Messebesucher Gesprächsrunden mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Verbänden. Als Gäste werden am Stand der BID unter anderem EU-Kommissar Günther Oettinger und Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesbauministerium, erwartet. (schi) ■

➔ Weitere Infos sowie das BID-Standprogramm finden Sie auf www.bid.info sowie in der kommenden Ausgabe der wi.

Die Wohnungswirtschaft nach der Bundestagswahl – GdW-Rückblick erschienen

Das Jahr 2014 hat für Deutschland und die Wohnungswirtschaft mit zwei bedeutenden Neuerungen begonnen: mit einer neuen Bundesregierung und einem schwarz-roten Koalitionsvertrag. Für die Wohnungswirtschaft enthält die Vereinbarung zwischen Union und SPD einige schwierige Baustellen. Der GdW hat in den letzten Wochen und Monaten mit Nachdruck an den entscheidenden Stellschrauben gedreht – und einige bedeutende Erfolge erzielt, beispielsweise bei der Mietpreisbremse, dem altersgerech-

Recht so

Zur Befristung der Mietpreisbremse

KOMMENTAR

Carsten Herlitz
Justiziar des GdW



Foto: Sebastian Schobbert

Am 23. September 2014 haben sich die Spitzen von CDU/CSU und SPD über Einzelheiten zur „Mietpreisbremse“ geeinigt. Es kommt jetzt darauf an, dass sich das Eini-gungsergebnis auch tatsächlich im Gesetz-entwurf wiederfindet. Dabei ist die Rege-lung zur Befristung der Mietpreisbremse kompliziert. Zunächst wird die Ermächti-gungsgrundlage auf fünf Jahre befristet

werden. Gemeint ist hiermit die im Bürgerlichen Gesetzbuch verankerte Rechtsgrundlage. Von dieser Ermächtigungsgrundlage können die Länder nur bis einschließlich 31. Dezember 2020 Gebrauch machen. Diese Rechtsverordnung gilt dann einmalig für die Dauer von höchstens fünf Jahren. Daraus folgt, dass die konkrete Gebietsbestimmung ebenfalls nur für fünf Jahre gelten kann. In Ballungsgebieten wie Berlin, Hamburg oder München hat eine Mietpreisbremse also nur für fünf Jahre Gültigkeit. Allein der Zeitraum hängt davon ab, wie schnell die einzelnen Länder mit der Verabschiedung der Verordnung sind. ■



auf das erste Halbjahr 2014.

➔ Den GdW-Rückblick finden Sie als elektronische Version zum Durchblättern sowie zum Download auf www.gdw.de unter „Service“ → „Publikationen“

ten Umbau und der Städtebauförderung. Während der GdW sich weiterhin intensiv den politischen Zukunftsfragen der Wohnungswirtschaft widmet, lädt er alle Interessierten ein, auch einen kleinen Blick zurück zu werfen – auf die Daten, Fakten und Impressionen des wohnungswirtschaftlichen ersten Halbjahres 2014. Diese finden Sie in dem neu erschienenen GdW-Rückblick

(schi) ■

ZAHL DER WOCHE

37

Prozent der Haushalte in Deutschland sind Singlehaushalte. Wie das Statistische Bundesamt anhand der Ergebnisse des Zensus 2011 weiter mitteilte, sind Singlehaushalte damit der häufigste Haushaltstyp in Deutschland. 13,4 Millionen Singlehaushalte gibt es in Deutschland. Davon sind nur 17,6 Prozent jünger als 30 Jahre. 42 Prozent von ihnen leben in Großstädten mit mindestens 100.000 Einwohnern. Die große Mehrheit der Haushalte besteht aus mehr als einer Person, wobei es mehr als doppelt so viele Zweipersonenhaushalte (33,2 Prozent) wie Dreipersonenhaushalte (14,5 Prozent) gibt. Haushalte mit vier Personen machen einen Anteil von 10,4 Prozent aus. Fünf und mehr Personen leben in 4,8 Prozent der Privathaushalte in Deutschland.

Mat-Nr. 06505-5342